



Freiheit für  
Hongkong e.V.



Gesellschaft für  
bedrohte Völker



Hongkonger in  
Deutschland e.V.  
香港人在德國協會



INTERNATIONAL  
CAMPAIGN  
FOR TIBET



TIBET INITIATIVE  
DEUTSCHLAND



WORLD  
UYGHUR  
CONGRESS  
uyghurcongress.org

Bundeskanzler Olaf Scholz  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Berlin, 28.10.2022

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

aus Anlass Ihres angekündigten Besuches der Volksrepublik China wenden wir uns als Vertreter uigurischer, tibetischer und Hongkonger Nichtregierungsorganisationen an Sie, da wir in großer Sorge sind, dass diese Reise die Fortsetzung einer verfehlten Politik Deutschlands gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas darstellen wird. Wir möchten Sie daher bitten, von Ihrer Reise nach China Abstand zu nehmen.

Insbesondere sind wir in Sorge, dass von dem Besuch auch von der neuen Bundesregierung die fatale Botschaft an die Kommunistische Partei Chinas ausgehen wird, dass die zahlreichen systematischen Menschenrechtsverbrechen der KP an Uiguren, Tibetern, Mongolen, Hongkongern und chinesischen Menschenrechtsverteidigern keine Priorität in den bilateralen Beziehungen Deutschlands mit der Volksrepublik genießen.

Die die Bundesregierung stützenden Parteien haben in ihrem Koalitionsvertrag unterstrichen, dass im Rahmen einer zu erarbeitenden “umfassenden China-Strategie” angesichts einer systemischen Rivalität mit China Werte und Interessen der Bundesrepublik verwirklicht werden sollten. Die Betonung von Menschenrechten und die realistische Sicht auf die Politik der Kommunistischen Partei Chinas im Koalitionsvertrag haben viele Nichtregierungsorganisationen begrüßt.

Laut Medienberichten (z.B. Handelsblatt, 20.10.2022, “Das Scholz-Dilemma – der Widerstand gegen die China-Strategie des Kanzlers wächst”) wird hingegen im Vorfeld ihrer Reise die Sorge geäußert, Sie schenken “Chinas aggressiver Außenpolitik, den Drohungen gegen Taiwan und der Abschottung des Landes zu wenig Beachtung”. Überdies heißt es, Sie wollen mit einer Wirtschaftsdelegation nach Peking reisen, was als Zeichen der Fortsetzung der bisherigen, aus unserer Sicht gescheiterten China-Politik Deutschlands, insbesondere im Bereich Menschenrechte und Rechten von Uiguren, Tibetern, Mongolen, Hongkongern und anderen Volksgruppen, zu werten sein dürfte.

Ihre Reise erfolgt zudem unmittelbar nach Ende des 20. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas, der Generalsekretär Xi Jinping für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt und damit die autokratische Einparteienherrschaft der KP und an Mao Tsetung erinnernden Personenkult weiter zementiert hat. Von einem Vertreter eines Landes, das sich Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet hat, wäre zu erwarten, dass er Distanz wahrt zu denen, die diese Werte

bekämpfen. Diese Distanz zu Generalsekretär Xi Jinping ist nicht gegeben, wenn Sie ihm unmittelbar nach dem 20. Parteitag Ihre Aufwartung machen.

Zur Kenntnis genommen haben wir den Beschluss der Bundesregierung, den Verkauf Teile kritischer Infrastruktur des Hamburger Hafens an die chinesische COSCO zuzulassen. Wir sind in großer Sorge, dass dies einen weiteren Schritt in Richtung Abhängigkeit und auch Erpressbarkeit Deutschlands gegenüber einem Regime darstellen wird, das seine Wirtschaftsbeziehungen gezielt als politische Waffe einsetzt, um seine Interessen durchzusetzen. Aus den vielen Beispielen der Vergangenheit verweisen wir auf Verpachtung und schließlich den Verkauf des griechischen Hafens von Piräus an COSCO, 2009 bzw. 2016. Im Juni 2017, offenbar aus Rücksicht auf Peking, blockierte die griechische Regierung eine gemeinsame chinakritische Erklärung der Europäischen Union im UNO-Menschenrechtsrat und fügte damit der menschenrechtspolitischen Glaubwürdigkeit der Europäischen Union schweren Schaden zu. Mit dem Vorhaben im Hamburger Hafen senden Sie insbesondere kleineren EU-Mitgliedstaaten das Signal, dass derartige Abhängigkeiten vertretbar seien. Folgerichtig werden diese Abhängigkeiten die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union schwer beschädigen, wenn diese Staaten ähnlich wie Griechenland Rücksicht auf die Interessen der KP Chinas nehmen werden. Die Entscheidung der Bundesregierung in Bezug auf den Hamburger Hafen ist daher auch aus menschenrechtspolitischen Gesichtspunkten falsch.

Wir appellieren stattdessen an Sie, die Politik der Kommunistischen Partei Chinas gegenüber den Uiguren, den Tibetern, den Mongolen, gegenüber den Menschen in Hongkong und chinesischen Menschenrechtsverteidigern nicht nur als relevant für die Sicherheit der unmittelbar Betroffenen, sondern als relevant für die Sicherheit Deutschlands und Europas anzusehen. Denn die Politik der KP im Inneren war und ist Vorbote einer aggressiven Außenpolitik Pekings, die die universellen Werte, die auch wir Europäer vertreten, explizit bekämpfen will. Die Menschenrechtsverbrechen der KP sind indes zu oft folgenlos geblieben, etwa als die landesweiten Proteste in Tibet 2008 brutal und gewaltsam niedergeschlagen wurden. Ähnliches befürchten wir insbesondere in Bezug auf Hongkong. Wir sind überzeugt, dass eine solche Folgenlosigkeit die KP ermutigt, ihre aggressive Politik, auch im Äußeren, zu verfestigen.

Wir fordern daher einen Paradigmenwechsel in der deutschen Chinapolitik, der dem Versprechen von einer "Zeitenwende" gerecht wird und die Lehren aus Fehlern der Vergangenheit zieht.

Erst vor knapp drei Monaten stellte das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte in einem bis dato präzedenzlosen Bericht fest, dass die chinesische Regierung Verbrechen gegen die Menschlichkeit an den Uiguren und anderen Turkvölkern begehen könnte. Der Bericht spricht zudem von systematischer Masseninternierung, Familientrennung, Folter, Massensterilisation, und Zwangsarbeit. Mittlerweile sprechen neun nationale Parlamente und das Uyghur Tribunal in diesem Zusammenhang von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und/oder Genozid.

Tibet wurde unter Xi Jinping in einen totalitären Polizeistaat verwandelt, der als Testgebiet für repressive Maßnahmen dient. Die KP versucht, die Verbindung der Tibeter zu ihrer Sprache, ihrer Lebensweise, ihrer buddhistischen Kultur und ihrem geistlichen Oberhaupt, dem 14. Dalai Lama, zu kappen. Das bedroht die tibetische Kultur in ihrer Existenz.

In Hong Kong hat die chinesische Regierung, nach der brutalen Niederschlagung der Demokratiebewegung, eine menschenrechtswidrige, autoritäre Herrschaft errichtet. Das Vorgehen Pekings in Hongkong ist ein klarer Verstoß gegen die Chinesisch-britische gemeinsame Erklärung, ein bei den Vereinten Nationen registrierter, völkerrechtlich bindender Vertrag. Seitdem das Nationale Sicherheitsgesetz in Kraft getreten ist, wurden Zivilgesellschaft, Versammlungs- und Pressefreiheit systematisch beseitigt.

Angesichts dieser Entwicklungen bitten wir Sie statt nach China zu reisen mit gleichgesinnten Partnern auf internationaler Ebene in folgenden Punkten zusammenarbeiten:

- die Verbrechen an den Uiguren als Völkermord zu bezeichnen,
- die Freilassung aller Lagergefangenen, aller Menschenrechtsverteidiger und all jener zu fordern, die aufgrund ihrer friedlichen Meinungsäußerung, der Ausübung ihrer Religion oder aufgrund ihres Eintretens für ihre Kultur inhaftiert worden sind,
- ein Ende der rücksichtslosen Assimilierungspolitik gegenüber den Tibetern, Uiguren, Mongolen und anderen zu fordern,
- für die Umsetzung der “Guiding Principles on Business and Human Rights” sowie die Forderung zur sofortigen Beendigung von jeglicher Form von Zwangsarbeit und moderner Sklaverei einzutreten,
- freien und unabhängigen Zugang für Diplomaten und Journalisten nach Tibet und Ostturkestan zu fordern,
- die Abschaffung des “Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong” und die Freilassung der unter diesem Gesetz verhafteten Personen zu fordern,
- zur Einhaltung des Prinzips “ein Land, zwei Systeme” in Hongkong gemäß der “Chinesisch-britischen gemeinsamen Erklärung zu Hongkong” aufzufordern,
- sich für konkrete Maßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in Reaktion auf die inakzeptable Politik der Kommunistischen Partei einzusetzen, wie z.B. personenbezogene Sanktionen.

Diese dramatischen Entwicklungen der letzten Jahre und Monate erlauben kein “Weiter So!”. Wir bitten Sie daher mit Nachdruck, die Frage der Menschenrechte und die Realität unterdrückter Völker in Ihre Strategie in Bezug auf die Volksrepublik China zentral einzubeziehen und nicht nach China zu reisen.

Hochachtungsvoll,



Ray Wong  
Freiheit für Hong Kong e.V.

Hanno Schedler  
Gesellschaft für bedrohte Völker



Aniessa Andresen  
Hongkonger in Deutschland e.V.



Kai Müller  
International Campaign for Tibet



Tenzyn Zöchbauer  
Tibet Initiative Deutschland



Dolkun Isa  
Weltkongress der Uiguren